

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 50.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Zweite Ausgabe

Sonntag, 29. Januar 1911.

Verlagspreis für Halle a. S. 20 Pf. durch die Post bezogen 25 Pf. für die Postzeitung.
Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Größte Beilage: Sächsischer
Conter (inkl. Heilungsbild), 32. Unterhaltungsblatt (Sonntagsheft), 2. Jahrgang, 1. Heft.
Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Eing. Nr. 200/100. Telephon 155; Redaktions-Telephon 1272.
Verantwortlicher: Dr. Walter Behrendtsen in Halle a. S.

Verlagspreis für Berlin: 20 Pf. durch die Post bezogen 25 Pf. für die Postzeitung.
Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Größte Beilage: Sächsischer
Conter (inkl. Heilungsbild), 32. Unterhaltungsblatt (Sonntagsheft), 2. Jahrgang, 1. Heft.
Geschäftsstelle in Berlin: Bernauerstraße 30.
Telephon Amt VI Nr. 16 290.
Druck und Verlag von Otto Zelt in Halle a. S.

Ausgang im Auslande.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zeigt sich jetzt die auffallende Erscheinung, daß das Oppositionsorgan par excellence, das „Berliner Tageblatt“, immer deutlicher das Bestreben zu erkennen gibt, sich ein Monopol zu verschaffen und dem Auslande gegenüber den Anschein zu erwecken, als ob es das Sprachrohr für die auswärtige Politik des Deutschen Reiches sei. Zunächst hat es das „Berliner Tageblatt“ verstanden, mit einer Mühseligkeit, die unter anderen Umständen Anerkennung verdient, den Blick seiner Auslands-Korrespondenten so zu steuern, daß keine andere deutsche Zeitung sich auch nur entfernt damit messen kann. Neuerdings hat das „Berliner Tageblatt“ aber noch einen Schritt weiter getan und sich an die bei unserem Hofe akkreditierten fremden Missionen jedes ihrer vielen Korrespondenten gewandt, um von diesen offizielle Darstellungen über Vorgänge in den betreffenden Staaten zu erhalten und dann zu veröffentlichen. Es ist wirklich höchste Zeit, die fremden Missionen darüber aufzuklären, daß es doch nicht anständig ist, ein Wort, das beinahe Opposition treibt und den Reichsanwalt in diplomatischer Weise zu schädigen sucht, nicht geeignet sein kann, um von ihnen in offizieller Weise verwendet zu werden.

Daß das „Berliner Tageblatt“ weit davon entfernt ist, eine nationale deutsche Politik zu unterstützen, zeigt schon seine übertriebene Franzosenfreundlichkeit. Es begreift nicht, oder will nicht begreifen, daß wir uns nicht länger abmühen können, den Franzosen freundliche Regungen für uns beizubringen, obgleich doch schon seit der Niederlage von Sedan und Tours jedem der klar zu sehen vermag, gezeit haben, daß man in Paris noch immer nicht den Frankfurter Frieden anerkennen will. Wie kam das von einer Auslösung gefabelt werden?

Natürlich ist den Franzosen die deutsche Annäherung an Rußland sehr unangenehm. Wir Kontrahenten freuen uns, daß wir recht behalten haben, denn wir allein haben zu einer Zeit, als keine andere Partei in Deutschland anders als mit Veringsfügung von Rußland sprach, immer wieder unserer Ueberzeugung darin Ausdruck gegeben, daß die Schwächung Rußlands durch den japanischen Krieg eine ganz vorübergehende sei und daß Rußland dank seiner Rohstoffe und seinen natürlichen Hilfsquellen auch dieser Krisis bald glatt überwinden würde. — Sehen wir der Meldung des Finanzorgans 1910 vorerwähnt. Er zeigt einen Ueberblick von 817 Millionen Mark, obgleich seine neue Analyse aufgenommen war, beweist also, was ein fähiger Finanzminister wie Kappeler zu leisten vermag. Bei der Neuerschaffung seiner Kriegsfußung wird diese Verbesserung seiner Finanzen von der größten Bedeutung für Rußland sein.

Das internationale Pressenortium zur Verbreitung von Lügen über Deutschland ist nach der Potsdamer Entree wieder recht tätig gewesen. Der Versuch bei dieser Gelegenheit, die Türkei gegen uns aufzubringen, ist ebenso kläglich gescheitert, wie das Bemühen, China mit der Behauptung aufzuregen, Deutschland habe sich durch Rußland bewegen lassen, dessen Abkommen mit Japan beizutreten. Man hat in London offenbar eine ganz falsche Vorstellung von der chinesischen Diplomatie, wenn man glaubt, mit solchen plumpen Mitteln das deutsche Ansehen in Peking schmälern und gleichzeitig das in den letzten Jahren arg im Schwandene begriffene Prestige Großbritanniens wiederherstellen zu können. Nirgends gilt das gegebene Wort mehr als in China, und man hat dort sicherdingens kein Verständnis für die in den letzten Jahren mit den kleinsten Mitteln der Intrige arbeitenden englischen Pressen.

Die „ergriffenen“ Zidorien.

Weil die Kaffebohnen einer Preissteigerung unterworfen worden sind, können die Zidorien nicht zurückbleiben; sie sind nun auch vom Käufer- oder „ergriffen“ worden, von einer gewaltigen Preissteigerung. Die Zidorienfabrik von Dommerich u. Co. in Magdeburg berichtet darüber am 20. Januar:

„Die außerordentliche Preissteigerung, welche die gesamten Zidorienmärkte ergriffen hat, machte sich auch von neuem hier geltend. Greifbare gebahrte Zidorien, welche im vorigen Herbst 15 Pf. nur zwei Wochen 21 Pf. kosteten, wurden in dieser Woche mit 28 Pf. gekauft, und auch selbst dazu werden kaum noch welche anzuschaffen sein, denn die Forderungen sind heute dafür bereits 30 Pf. und darüber. Die indischen Bestände in erster Gattung sind so kleine, wie wir uns nicht erinnern können, sie um diese Zeit niemals gekannt zu haben, und die Zidorienfabriken dürften nur zum Teil mit Beständen bis zur nächsten Ernte gedeckt sein. Die Ursachen für diese ungewöhnliche Lage sind zu suchen in der Preissteigerung des Kaffees, welche, wie wir schon in unserem Oktoberbericht erwähnten, den Zidorienverkauf in den kaffee- und zidorienreicheren Ländern Frankreich, Belgien, Italien und vermehren würde. Außerdem spricht die Steinerheit der Zidorienlager mit, welche die Lage schon seit Jahren zu einer gefährlichen für den Handel macht. Von Serbien aus neuer Ernte ist ein großer Posten zu 15 Pf. als gehandelt, und gemeldet worden;

doch wurde sonst auf 15,50 Pf. dafür bezahlt. Die letzten aus Belgien gemeldeten Preise lauteten 38 Pf. für greifbare, 18 Pf. für Serbische.“

Hierzu führt die bestens bekannte Zeitschrift für die Stoff-, Textilfabrik- und Lederwarenindustrie, „Gordian“ in Hannover das Folgende aus:

„Wäffen die deutschen Konsumenten, welche Unsummen die Spekulation in Gütern aller Art aus ihren Taschen zieht?“

Beim Kaffee verlohnt sich eine Aufrechnung. Eingeführt und verzollt sind in den 12 Monaten 1910 für den deutschen Verbrauch 170 855 000 Kilo Kaffeebohnen, für die amtlich ein Wert von 150 182 000 Pf. ermittelt ist, das entspricht einem Durchschnittspreis von 45 Pf. aus Pfund für alle Sorten. Der Hamburger Jahrespreis stellt sich 1910 durchschnittlich für 100 Kilo ungerollte Bore auf

96,13 Pf. für Santos,
101,20 Pf. für Campinas,
94,73 Pf. für Rio und
100,58 Pf. für La Guayra ungen.

Santos ist die Hauptsorte; der Preis dafür hat demnach 1910 durchschnittlich 48 Pf. fürs Pfund betragen. Heute müssen für Santos schon etwa 11 Pf. mehr, also 59 Pf. fürs Pfund bezahlt werden; das bedeutet, wenn für 1911 wieder 170 855 000 Kilo Kaffeebohnen in Deutschland verzollt werden, eine Mehrausgabe von rund 40 Millionen Mark!

Beit nur der Santospreis von 1910 schon hoch mit 48 Pf., denn für das Jahr 1909 stellte er sich durchschnittlich auf nur 40 Pf. fürs Pfund, oder 10 Pf. niedriger als heute. Gegen 1909 wird, vorausgesetzt, daß die heutigen Kaffeepreise nicht noch höher getrieben werden, Deutschland auf Grund des Santospreises im neuen Jahre 1911 gar 65 Millionen Mark mehr für seinen Kaffee aus Ausland geben müssen!

Das sind für uns allein schon ganz ansehnliche Zahlen, als wir sie aus der Perspektive der Finanzreform kennen gelernt haben. Und die bei der Reform dem deutschen Verbraucher auferlegten neuen Steuern bleiben im Lande, dienen der Interessen der deutschen Arbeiter, die das Geld kriegen. Hier oder werden die deutschen Konsumenten meist von ausländischen Spekulanten getäuscht, und das ihnen abgenommene Geld wandert ins Ausland.

Im das Jahr nachher herum, dann stellen sich die Spekulationen vor die versammelten Wäffen und rühnen den Aufschwung des Weltmarktes! In Mark müssen natürlich die Einfuhrzahlen steigen, wenn ausländische Spekulanten uns für Baumwolle, Kupfer, Zinn, Kaffee usw. um die Preise derart in die Höhe treiben. Diese Spekulationen, die sich einfinden, so bewirtschaftliche Weisheiten mit Köpfen versetzt zu haben (die jungen Symbi vertriebenen industrieller Verbände gehören besonders dazu, ebenso die Kamakubleute), wissen nicht, daß man den Wert wirtschaftlicher Güter nicht nach dem Preise, nicht nach dem Geldwert berechnen kann: Ein Zentner Kaffeebohnen hat genau denselben Wert, wenn er 30 Mark kostet, den er hat, wenn er 300 Mark kostet. Deshalb ist es ein Unfug, wenn Kamakub und Industriellen den Wert des deutschen Exportertrages nach Mark und Pfennigen berechnen wollen. Die Zonne Roggen, Weizen, Gerste hat denselben Wert bei 120 Mark, den sie hat bei 1000 Mark.

Wenn also in Kaufzeiten die Einfuhr von Gütern um 1000 Millionen Mark gefahren ist, gegen das vergangene Jahr, so haben wir keinen Anlaß, uns dessen zu freuen. Im Gegenteil: wahrheitsgemäß sind wir durch um 1000 Millionen Mark ärmer geworden, denn wir haben für den um 1000 Millionen höheren Einfuhrpreis nur dieselbe Menge an Gütern bekommen, wie im vergangenen Jahre. Und aus G ü t e r n , n i c h t a u s G e l d e besteht das Vermögen eines Volkes.

Deutsches Reich.

* Der neue Postkaiser in Tokio. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ behauptet, daß als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Postkaisers in Tokio, Mumm von Schwarzenstein, der Graf von Belling, Graf von Rex, in Aussicht genommen sei.

* Der Seniorenkonvent des Reichstages einigte sich dahin, auf die Tagesordnung des nächsten Monats außer Petitionen den Gelegenheitsrat betreffend die beim obersten Landesgericht einlegenden Revisionen in bürgerlichen Rechtsverfahren zu setzen, auf Dienstag und Mittwoch die dritte Lesung der Wertungsgesetze. Die darauffolgenden Tage sind sittingsfrei. Am 6. Februar die beginnt Beratung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßgesetz. Der Beginn der zweiten Sitzungsperiode ist auf den 13. Februar festgesetzt worden.

* Die Fernsprechnetz-Verordnung. Die vom Plenum des Reichstages an die Budgetkommission zurückverwiesene Fernsprechnetz-Verordnung wird auf den Wunsch der Regierung von der Budgetkommission bereits in der nächsten Woche einer erneuten Beratung unterzogen werden. Auf den Wunsch der Regierung wird diese Vorlage auf jeden Fall noch in dieser Session erledigt werden. Zu Beginn der nächsten Woche soll ein Kommissionsbericht abgeschlossen werden, nach dem die Grundgebühren erhöht werden soll und die pauschalierte Gebührensabgabe eine Ermäßigung erfahren soll. Der Entwurf soll noch im Februar in zweiter Lesung vom Plenum verabschiedet werden.

* Zur Landesvererbungsfrage der Anstellungs-Kommission schreibt man uns folgende: Die kommende Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes betreffend die Förderung deutscher Entdeckungen in Westpreußen und Posen für das Jahr 1910, die dem Landtag zur zweiten Lesung des landwirtschaftlichen Etats zugewandt wurde, wird wiederum dem Radweg erbringen, mit welchen Schwierigkeiten die Anstellungs-Kommission im Landesvererbungs-Gesetz zu kämpfen hat. Es sind im vergangenen Jahre nur 2 und 14 000 Hektar Land erworben worden, nachdem noch im Jahre vorher fast 27 000 Hektar angekauft werden konnten. Einen so geringen Landeswerb wie im letzten Jahre, hatte nur noch das Jahr 1907 aufzuweisen, wo der Anstellungs-Fonds nahezu erschöpft war. — Ganz besonders beachtenswert ist aber die Tatsache, daß von dem angekauften Land sich noch nicht einmal 10 Proz. in polnischen Land befinden, nachdem noch als 1909 Hektar aus polnischen Besitzern erworben, nachdem noch im Jahre 1900 345 Hektar aus polnischen Besitz angekauft werden konnten. Der Aufkauf deutschen Grundbesitzes wird also nach dem Ergebnis des letzten Jahres einen immer größeren Umfang annehmen müssen, wenn das Landesvererbungs-Gesetz der Anstellungs-Kommission in dem bisherigen Umfang weitergeführt werden soll. Eine solche Maßregel würde aber in ihrem Besitz durch Doppelverrentung gefährigten deutschen Erfolg betriebenen. Bestandsverhältnisse durch die Deutsche Bauernbank für Westpreußen und die Deutsche Mittelstandsbank für Posen stehen. Und dies ganz besonders, nachdem die Tätigkeit der Weidlandbesitzung auch auf den Großgrundbesitz ausgebeht ist. Denn je größer die Zahl der in ihrem Besitz durch Doppelverrentung gefährigten deutschen Weidner wird, um so weniger Anlaß liegt vor, Land aus deutscher Hand anzukaufen.

* Die Geographie im Aufschwunge. Das braunschweigische Staatsministerium, Abteilung der Justiz, hat bestimmt, daß im Reichsarchiv die Geographie und Schreibmaschine mehr als bisher ausgebaut werden. Es soll auch bei der Annahme von Reichsarchivbeständen möglichst solche Geographien der Bezug gegeben werden, die geographischen können. Ebenso ist von den Geographen der größeren Verlage in der Regel Kenntnis und Fertigkeit in Geographischen und Maschinenarbeiten zu fordern. Ein bestimmtes Schema ist zwar nicht vorgeschrieben, wohl aber sein dortigen Landgericht Unterricht nach dem System Gabelsberger erstellt.

* Die Reichstagswahl im ersten Reichstag. Die Reichstagswahl im ersten Reichstag, die am 1. März stattfand, hat die Kaiserin in Petersburg brachte der kaiserlichen Hofkammer Graf Bourlès das Hoch auf Se. Maj. den Kaiser Nikolaus und seine Frau u. a.

Es hat uns Deutsche mit besonderer Freude erfüllt, daß Kaiser Nikolaus im vergangenen Jahre längere Zeit in Deutschland geweilt und in unseren heimatischen Gefilden Ruhe und Erholung gesucht und gefunden hat. Eine besondere Bedeutung hat der Aufenthalt seiner Majestät auf dem Reichstagsgebäude in Berlin, das die deutsche Nation mit besonderer Freude begrüßt hat. Die Besuche des Kaisers in beiden Reichstagen bezeugen die Freundschaft und Vertrauensverhältnis von neuem befestigt und bestätigt wurde. Es ist noch in frischer Erinnerung, welche günstigen Eindruck die Potsdamer Monarchenankunft und die ertheilenden Aussichten, die für die weitere Entwicklung guter deutsch-russischer Beziehungen eröffnet hat, überall bei allen Freunden des Friedens hervorrief. Man doch nirgends ein Zweifel über den Wert beider, welcher einem freundschaftlichen Verhältnis zwischen den beiden mächtigen Nachbarvölkern für die Sache des allgemeinen Friedens innewohnt. In Deutschland wie in Rußland kam die Freundschaft überaus lieb und hochachtungsvoll. Die Beziehungen zwischen beiden Reichstagen sind in der Weise ausgebaut worden, die sich auf sehr gutem, als das Beste, was zu erschüttern, wie sie der Widerstreit der Meinungen in dem politischen Tageskampf zeitig, Aussicht auf Erfolg haben konnten. Möge die Erkenntnis, daß die Freundschaft dem Wohle beider Länder entspricht und dem Frieden der Völker dient, in immer weitere Kreise breiten, möge sie auch diejenigen befeuern, die sich in dieser Beziehung noch nicht überzeugen lassen wollen. In unsern beiden erlauchten Herrscher aber gebührt unaussprechlicher Dank für ihre fortgesetzten Bemühungen, das vertrauensvolle Verhältnis zwischen beiden Reichstagen zu pflegen und zur Trübung zu schützen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 28. Januar, 11 Uhr.

Im Ministerrat: Graf v. Helldorf.
Zu Mitgliedern der Staatsfunk-Kommissionen werden die Abgeordneten Lucas (nL) und Kreitzing (f. Sp.) gewählt.

Die Staatsberatung wird beim Extraordinarium der landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt.

Herr v. Zornum (f. Sp.): Für das nächste Jahr ist eine Erhöhung des Weidens insbesondere im Interesse der Provinz Sachsen erwünscht.

Herr v. Gieseler (f. Sp.): Für manche Landestheile, z. B. für den Regierungsbezirk Münster, sind die Unterhaltungen aus dem Weidensfonds zu gering.

Herr v. Gieseler (f. Sp.): Wir halten eine Erhöhung aus dem Weidensfonds für erforderlich. Für Westfalen, der Provinz, namentlich in der Kreis Wermel, könnte dadurch mehr geschehen.

Herr v. Zornum (f. Sp.) weist die Behauptungen des Herrn v. Gieseler zurück, daß der Weidensfonds für die Provinz Sachsen, und daß sie keinen Sinn haben für die innere Kolonisation.

